

Erscheint jede Woche

Samstags / Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., durch die Post ins Haus gebracht 1.12 Mk. / Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau erhalten das Blatt kostenlos / Alle Postanfragen nehmen Bezeichnungen entgegen

Mitteilungen für den Gewerbeverein für Nassau

Verkündigungs-Organ der handwerkskammer Wiesbaden

herausgegeben

vom Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau

Wiesbaden, 27. April

Anzeigen-Annahmestelle:

Hermann Rauch, Wiesbaden, Friedrichstr. 30, Telefon 636

Inhalt: Ehrentafel — Gewerbl.-techn. Bücherei — Bekanntmachung des Zentralvorstandes — Gewerbl. Unterrichtswesen — Die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer — Bericht des Mitteldeutschen Arbeitennachweisverbandes — Regelung der Uebergangswirtschaft — Sitzung des ständigen Beirats im Landesgewerbeamt Berlin — Ministerbesuch bei den Handwerksämtern Frankfurt und Wiesbaden — Technisches — Aus den Kreisverbänden — Hauptverschieden der Frankfurter Handwerksverbände —



Ehrentafel

Auf dem Felde der Ehre
fielen:

Leutnant und Kompanieführer Bernh. Schnah, Sohn des Mitgliedes J. Schnah, Diez a. d. Lahn.
Rüfmeister Anton Scheu, Mitglied des Sozialgewerbevereins Bad Dornburg.
Ausleiter Wilhelm Schierbrand, Inhaber des Eisernen Kreuzes, Sohn des Mitgliedes Flaschenbierhändler Chr. Schierbrand, Bad Dornburg.

Ehre ihrem Andenken!

Das Eisene Kreuz II. Klasse
erhielten:

Leutnant Ludwig Schweizer, Sohn des Mitgliedes Schreinermeister Andr. Schweizer, Bad Dornburg.
Junfer Karl Kiese-Wetter, Sohn des Mitgliedes Steinhauermeister Emil Kiese-Wetter, Wiesbaden.

Gewerblich-technische Bücherei
des Gewerbevereins für Nassau
mit Lesesaal und Auslage der Patentschriften.
Wiesbaden, Rheinstraße 42.

Öffnungszeiten: Täglich mit Ausnahme von Samstags, nachm. von 3-6 Uhr.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

An die Schulvorstände und Leiter der gewerblichen Fortbildungsschulen!

Aufgrund von Anfragen setzen wir uns veranlaßt, unsere Verfügung vom 16. Oktbr. 1917, auf die wir zur Beachtung gleichzeitig hinweisen, nochmals nachstehend zum Abdruck zu bringen.

Wiesbaden, den 22. April 1918.

Der Zentralvorstand
des Gewerbevereins für Nassau.

Betr. Teilnahme der Fortbildungsschulpflichtigen Hilfsarbeiter am Zeichenunterricht.

Die Schülerzahl in den Zeichenklassen der gewerblichen Fortbildungsschulen geht in der Kriegszeit in demselben Maße zurück, als Schul-

pflichtige mehr und mehr als Hilfsarbeiter in die Rüstungsindustrie eintreten und als solche in der Regel vom Besuch des Zeichenunterrichts befreit werden.

Nach den Bestimmungen der Ortsstatuten hat der Schulvorstand darüber zu entscheiden, welche Schüler auf Grund ihres Berufes von der Teilnahme am Zeichenunterricht befreit werden können. Soweit eine Befreiung nicht ausdrücklich ausgesprochen wird, ist jeder Schulpflichtige zum Besuche des Zeichenunterrichts verpflichtet. Neben den Lehrlingen aus den Berufen, die der Kenntnis des gewerblichen Zeichnens nicht bedürfen, werden in der Regel auch die ungelernten Arbeiter und Tagelöhner von der Teilnahme am Zeichenunterricht befreit. Dagegen ist im allgemeinen nichts einzuwenden.

Sehr häufig kommt es aber vor, daß auch die sogenannten Hilfsarbeiter in Fabriken, die jetzt in der Kriegszeit an Drehbänken und sonstigen Arbeitsmaschinen die gelernten Arbeiter ersetzen müssen, vom Besuche des Zeichenunterrichts entbunden wurden, weil sie angeblich ungelernte Arbeiter sind. Vor der Befreiung der sogenannten ungelernten Arbeiter vom Zeichenunterricht, ist stets zu untersuchen, ob der Schüler in seinem Berufe Kenntnisse des gewerblichen Zeichnens braucht oder nicht. Muß diese Frage auch nur ganz leicht bejaht werden, dann darf eine Befreiung nicht eintreten, wenigstens nicht in den ersten zwei Jahren, wo die Schüler aus den ungelernten Berufen vielfach noch in einen Beruf eintreten, der zeichnerische Kenntnisse verlangt. Besonders der Zeichenunterricht auf der Unterstufe ist für jeden Beruf nur zuträglich und fördernd. Hilfsarbeiter in Baugeschäften, die in der Regel später als Maurer usw. arbeiten, dürfen nie vom Zeichenunterricht befreit werden.

Während des Krieges dürfen nur solche Hilfsarbeiter von der Teilnahme am Zeichenunterricht entbunden werden, die weder jetzt noch später in ihrem Berufe des Zeichnens bedürfen und bei denen ein späterer Uebertritt in einen andern Beruf ausgeschlossen erscheint. Die Befreiung von der Teilnahme am Zeichenunterricht muß durch den Schulleiter am Beginn des Schuljahres oder bei der Anmeldung, Einweisung oder Ummeldung eines Schülers ausgesprochen werden. Den einzelnen Klassenlehrern ist die Befreiung eines Schülers vom Zeichenunterricht unterlagt.

Die Leiter der Schulen werden hiermit angewiesen, die Verhältnisse in den einzelnen Klassen bezüglich des Besuchs vom Zeichenunterricht sofort nachzuprüfen.

Wiesbaden, den 16. Oktober 1917.

Der Zentralvorstand
des Gewerbevereins für Nassau.

Die Anzeigengebühr

beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile 40 Pfg.; kleine Anzeigen für Mitglieder 30 Pfg. / Bei Wiederholungen Rabatt / für die Mitglieder des Gewerbevereins für Nassau werden 10 Prozent Sonder-Rabatt gewährt

Gewerbliches Unterrichtswesen.

An den gewerblichen Fortbildungsschulen in Tüßlenburg, Gladenbach, Wehen und Stun wurden mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten die militärischen Vorbereitungen der Jugend in die Reihe der pflichtmäßigen Unterrichtsgegenstände aufgenommen.

Dem Lehrer an der gewerblichen Fortbildungsschule in Mertenberg, Herrn Adolf Belten, wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

Die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer.

(Fahndung verboten.)

Die Kriegsamtstelle Frankfurt a. M. hat kürzlich für ihren Kreisbezirk die Erhebung über den voraussichtlichen Bedarf an Arbeitskräften bei der Demobilisierung veranlaßt. Für Handwerk und Gewerbe, welche Berufe in Anbetracht der gleich nach Friedensschluß zu erwartenden starken Beschäftigung gut tun werden, sich frühzeitig einen Mitarbeiterstamm zu sichern, dürfte es sich daher empfehlen, der Frage der Wiedereinstellung ihrer früheren Gehilfen und Lehrlinge schon jetzt erhöhte Beachtung zu schenken.

Während die dem Beamtenstand angehörigen Kriegsteilnehmer ganz von selbst von ihren vorgeordneten Behörden wieder eingestellt werden, liegt die Sache für die freien Berufe wesentlich anders, weshalb die Vertretungen der kaufmännischen Angestellten bereits die nötigen Schritte in dieser Angelegenheit getan haben. Hier sind es jedoch in erster Linie die Arbeitgeber, die sich einer gesetzlichen Regelung der Wiedereinstellung ihrer früheren Mitarbeiter widersetzen und lediglich eine Ehrenpflicht in dieser Beziehung anerkennen wollen. Ob in dieser Hinsicht eine Verständigung zu erzielen ist, hängt von den Verhandlungen ab, die das Reichswirtschaftsamt im Interesse beider Gruppen in die Wege geleitet hat.

Für Handwerk und Gewerbe dagegen muß es als dringende Notwendigkeit bezeichnet werden, ihm nach Möglichkeit seine bisherigen Hilfskräfte wieder zuzuführen, da die derzeitigen hohen Löhne der Industriebetriebe ohne Zweifel auch noch mit in die Friedenszeit hinüber genommen werden und deshalb manchen Facharbeiter veranlassen werden, in diese Unternehmungen abzuwandern. Mit der Einstellung neuer und minderwertiger Kräfte ist aber dem Handwerk nicht gedient, hat es doch selbst durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen wirtschaftlich viel zu sehr gelitten, um die hohen Kosten der Anlernung neuer Hilfskräfte tragen zu können.

Für die meisten handwerklichen Betriebe

Die Geschäftsstellen der Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe erteilen Rat und Auskunft und gewähren Beistand in allen Angelegenheiten des handwerks und Gewerbes. Benutzung für Jedermann.

dürfte aber die Einstellung fremder Arbeitskräfte außerdem mit erheblichen finanziellen Verlusten verbunden sein, da es sich im Falle der Demobilisierung ja nicht um Leute handelt, die aus anderen handwerklichen Betrieben kommen, sondern doch durchweg um solche Kräfte, die viele Jahre dem geschäftlichen Leben fernstehen und sich daher zunächst wieder einarbeiten und ihre privaten Verhältnisse wieder auf das Zivilleben einstellen müssen.

Der Gehilfe, der aus einem andern Betriebe kommt, ist in der Regel mit Werkzeugen, Kleidung usw. zur Genüge versehen, dem zur Entlassung kommenden Kriegsteilnehmer dagegen wird es an allem fehlen, was er zur Ausübung seines bürgerlichen Berufes braucht. Ein erheblicher Vorschub auf den Lohn wird daher in den meisten Fällen seine erste Forderung sein müssen, um seine Stellung überhaupt antreten zu können. Wenn man nun in Betracht zieht, welche Summen unter den heutigen Verhältnissen zum Ankauf von Wäsche, Schuhzeug und Kleidung allein erforderlich sind, so kann berechnet werden, welche Beträge der Meister auf lange Zeit hinaus festlegen muß, um überhaupt Gehilfen zu bekommen. Entspricht aber der neu eingetretene Mitarbeiter den Anforderungen, die der Meister an ihn stellen muß, nicht, so dürften erhebliche Verluste an Vorschüssen nicht zu vermeiden sein. Das wird aber noch mehr der Fall sein, wenn der neue Gehilfe verheiratet ist und seine Familie bei seiner Rückkehr aus dem Felde ihren Wohnsitz wechselt, um an die neue Arbeitsstätte ihres Ernährers überzusiedeln.

Tritt dagegen der frühere Gehilfe wieder in das Geschäft seines früheren Meisters ein, so ist wenigstens einigermaßen Gewähr dafür geboten, daß ein Stellenwechsel so leicht nicht zu beschaffen und ein etwaiger Lohnvorschub somit nicht verloren geht, wenn auch ohne Zweifel in diesem Falle erhebliche Mittel für längere Zeit festgelegt werden müssen und somit ohne Verzinsung dem Betriebe entzogen werden.

Diese kurzen Ausführungen dürften sich naturgemäß noch nach mancher Richtung hin erweitern lassen. Sie begründen aber im Gegensatz zu der Industrie für das Handwerk die Notwendigkeit der Wieder-Einstellung der früheren Mitarbeiter.

Es wird sich deshalb empfehlen, daß seitens der Handwerkskammern und der sonstigen handwerklichen Berufsvertretungen möglichst frühzeitig nach dieser Richtung hin die erforderlichen Schritte unternommen werden.

Heeresverwaltung sowohl wie Staats- und Gemeinde-Behörden haben großes Interesse daran, die Kriegsteilnehmer wieder in ihre früheren Stellungen zurückzubringen, können doch nur dadurch die großen Probleme der Rohstoffverteilung, Darlehens- und Wohnungsfürsorge gelöst und die Armenlasten auf einen angemessenen Umfang beschränkt werden.

Ein Nomadenleben nach dem Kriege würde dagegen für alle Erwerbsgruppen nur eine ungeheure Belastung bedeuten, und die Rückeroberung des Weltmarktes, welchen auch Handwerk und Gewerbe zu ihrem Gedeihen benötigen, zur Unmöglichkeit machen.

Bericht des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes über die Lage des Arbeitsmarktes im Februar 1918.

Die lebhafteste Aufwärtsbewegung des Vormonats erwies sich in diesem Monat nur stellenweise von Dauer. In den meisten größeren Plätzen ließ die Nachfrage nach Arbeitskräften allgemein stark nach. Daneben machte sich allerdings auch ein noch stärkeres Sinken des Angebots von Arbeitskräften bemerkbar, jedoch im allgemeinen der Beschäftigungsgrad als ein sehr guter zu bezeichnen war.

Stellenweise eintretende Arbeiterentlassungen, auch aus größeren Betrieben, waren nur vorübergehender Natur und machten sich auf dem Arbeitsmarkte in keiner Weise stärker bemerkbar.

Von der Landwirtschaft wurde von der Kriegseinsatzarbeit ergiebig Gebrauch gemacht, sodaß, soweit männliche Arbeitskräfte in Betracht kamen, der Bedarf in befriedigender Weise gedeckt werden konnte. Weibliche Arbeiterinnen

und Dienstmädchen standen dagegen bei weitem nicht in genügendem Maße zur Verfügung. Wie im Vormonat machte die Forstwirtschaft wiederum größere Anforderungen für Holzfallarbeiten geltend, denen nicht völlig entsprochen werden konnte. In der Metallindustrie war ein leichtes Sinken von Angebot und Nachfrage zu bemerken.

Im Holzgewerbe waren die Anforderungen von größeren Möbelfabriken ziemlich bedeutend. Möbelgreiner standen etwas reichlicher zu Gebote wie im Vormonat, während umgekehrt Tapezierer und Polsterer nur selten vertreten waren. Im Nahrungsmittelgewerbe ließ sich für Metzger ein befriedigender Ausgleich herbeiführen. Dagegen hat das Ueberangebot von Bäckern eine weitere Verringerung erfahren, so daß zeitweise nicht allen Anforderungen mehr entsprochen werden konnte.

Im Bekleidungs-gewerbe blieben die Verhältnisse, abgesehen von einer gesteigerten Nachfrage nach Zuschneidern, im großen und ganzen die gleichen. Ebenso wies das Baugewerbe eine feinerlei Veränderung auf. Die Lederindustrie hatte nach wie vor einen sehr guten Geschäftsgang zu verzeichnen und bot für die wenig freien Arbeitskräfte reichlich Arbeitsgelegenheit. Ebenso war auch die Goldindustrie sehr stark beschäftigt. Das Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe ließ trotz der erhöhten Anforderungen, die der Kurbetrieb bereits zu stellen beginnt, bei reichlichem Angebot einen befriedigenden Ausgleich zu.

Sehr knapp war das Angebot von Fuhrleuten, die nicht nur von Expeditions-, sondern auch von städtischen Betrieben viel verlangt wurden. Für Hilfsarbeiter und Tagelöhner aller Art war die Nachfrage an den einzelnen Plätzen sehr verschieden.

Sehr bemerkbar war die Verringerung der Bewerberzahl in den kaufmännischen Berufen, in denen wirklich gut ausgebildete Kräfte nicht immer ausreichend zur Verfügung standen. Hauptächlich waren es Bankbeamte und Angestellte für Expeditionsfirmer, bei denen sich ein gewisser Mangel geltend machte. Abgesehen von der ständig den Arbeitsmarkt belastenden Menge in kurzen Kurven ausgebildeter weiblicher Bürokräfte machte sich derselbe Mangel auch auf dem weiblichen kaufmännischen Stellenmarkt fühlbar. Auf dem übrigen weiblichen Arbeitsmarkte bot sich für gewerbliche Arbeiterinnen überall ausreichend Beschäftigung.

In der Tabakindustrie kam es verschiedentlich infolge der Produktionseinschränkung zu größeren Entlassungen von Arbeiterinnen, die aber ohne Schwierigkeit, soweit sie nicht Gelegenheit zur landwirtschaftlichen Beschäftigung fanden, in der Munitionindustrie unterkamen. Es verblieb nur ein geringer Rest von hauptsächlich in der Heimindustrie beschäftigten verheirateten Zigarrenarbeiterinnen, für die eine ausreichende Verwendung nicht immer gefunden werden konnte.

Der größere Bedarf an Streckenarbeiterinnen wurde nur zum geringen Teil befriedigt, da unter den beschäftigungslosen Frauen keine große Neigung zu dieser Arbeit bestand.

Das im Vormonat noch ziemlich beträchtliche Ueberangebot an Jugendlichen erfuhr im Berichtsmonat eine merkliche Verringerung. Unter denen für Jugendliche gemeldeten Stellen fehlten hauptsächlich Ausläuferstellen, für welche mit Vorliebe Lazarettinassen verwandt wurden.

In der Lehrstellenvermittlung zeigt sich in diesem Jahre trotz des mehrjährigen Krieges eine sehr starke Nachfrage nach Lehrlingen aller Art. Außer den Lehrstellen des Metallgewerbes, die wie im Vorjahre stark begehrt werden, fehlt es für die übrigen Berufe allgemein an ausreichendem Angebot von Lehrlingen, da eine starke Neigung unter den aus der Schule entlassenen Jugendlichen zu sofortigem Verdienst besteht.

Regelung der Übergangswirtschaft

Der Handels- und Gewerbeausschuß des Reichstages hat für die Regelung der Übergangswirtschaft folgende Gesichtspunkte zur Berücksichtigung empfohlen:

1. weitgehende Heranziehung des Handels, seiner Fähigkeiten und sachlichen Erfahrungen sowie besonders seiner Organisationen für die Rohstoffversorgung während der Übergangszeit, wobei

a) Einkauf, Einfuhr und Verteilung der Rohstoffe, Erzeugnisse und Halberzeugnisse durch sachkundige Kreise (Einkaufs- und Vertei-

lungsgesellschaften) unter staatlicher Aufsicht erfolgen sollen, b) sachverständige Personen aus den Berufsorganisationen zur Mitwirkung bei den gesamten Vorarbeiten zur organisatorischen Umschaltung des Wirtschaftsbetriebes heranzuziehen sind, c) eine durchgreifende Kontrolle der Preisbildung für die Dauer der Übergangswirtschaft durch Mitwirkung von Vertretern der staatlichen Organisationen der Erzeuger, des Handels und der Verbraucher zu sichern ist, 2. rasche und zweckentsprechende Abgabe der bei Kriegsende noch im Besitze der Heeresverwaltung befindlichen Vorräte an Rohstoffen, Material und Maschinen zu möglichst billigen Preisen unter Ausschluß von Konjunkturgewinnen an Handwerk, Baugewerbe und Industrie, wobei in erster Linie soweit als möglich durch den Krieg geschädigte Handwerker und Gewerbetreibende sowie stillgelegte Betriebe zu berücksichtigen sind;

3. Förderung der Errichtung von Hypothekensparkassen und Ruhbarmachung der Mittel der öffentlichen Sparkassen und Berufsgenossenschaften zur Wiederbelebung der Bau-tätigkeit nach dem Kriege, namentlich durch Vergabe von Hypotheken und Baudarlehen zu möglichst günstigen Verzinsungs- und Tilgungsbedingungen;

4. Unterstützung der durch den Krieg übertrieben wirtschaftlichen Maßnahmen besonders der hochbetroffenen mittleren und kleineren Gewerbetreibenden durch angemessene Zuweisung von Rohstoffen und öffentlichen Arbeiten, besonders an städtische die genossenschaftlichen Organisationen;

5. weitestgehende Anerkennung der den Regierungen hinreichend angeschlossenen Zentral- und Gewerkeverbände, kaufmännisch geordnet, die leitenden Rohstoffgenossenschaften als Großabgeordnete ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt ihrer Gründung.

Sitzung des ständigen Beirats im Landesgewerbeamt Berlin.

Die Fachabteilung für Handwerk und Gewerbe ist zu einer Sitzung am 25. April 1918 nach Berlin berufen worden. Gegenstände der Tagesordnung sind:

I. Gewerbe-förderung in Preußen. Ein Rückblick und Ausblick. (Meisterkurse, Gewerbe-förderungsstellen und Ausstellungsstellen. — Genossenschaftswesen.)

II. Beschaffung von Arbeitskräften:

1. Ueberblick. Wirtschaftliche und militärische Demobilisierung. — Arbeiterbeschaffung für das Handwerk.)

2. Das Lehrlingswesen nach dem Kriege. Fortbildungskurse für Gesellen und Meister. (Neugestaltung des Lehrlingswesens, insbesondere für Kriegsteilnehmer. — Unterstützung von Lehrlingen und Beihilfen an Lehrmeister zur Lehrlingsausbildung. — Errichtung von Lehrlingsheimen. — Praktische Vorbereitungskurse für Gesellen und Meister, einschließlich von Vorbereitungskursen auf die Meisterprüfung.)

3. Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung. (Notwendigkeit, Aufgaben und Organisation der Berufsberatung. — Wege zur Durchführung. — Ausbringung der Kosten.)

III. Beschaffung von Kredit. (Anlagekredit und Betriebskredit. — Kredit bei Banken. — Banken, Sparkassen, Kriegskreditbanken, Kriegshilfskassen u. a. als Kreditquellen. — Kreditbeschaffung im Wege der Genossenschaftlichen Selbsthilfe. — Form, Unterlagen und Zinsfuß der Kredite. — Maßnahmen zur Ueberwindung der Schwierigkeiten.)

IV. Versorgung mit Rohstoffen. (Staatliche Bewirtschaftung und Rationierung der wichtigsten Rohstoffe während der Übergangszeit. — Verteilung der Rohstoffe durch die Organisationen des Handwerks unter Mitwirkung des Handels. — Aufstellung eines festen Verteilungsschlüssels. — Anpassung der Gütererzeugung an die veränderten Verhältnisse des Rohstoffmarktes.)

VII. Die Bekämpfung des Vergunweins wurde durch Verteilung weiterer 100 000 Stück

Notzettel zum Aufkleben auf die Rechnungen sowie durch Aufnahme diesbezüglicher Vorschriften für Handwerker in die Geschäftsbedingungen der Güteabteilung des Handwerksamts bewirkt.

VIII. Die Lehrlingsfrage im Handwerk war ebenfalls Gegenstand zahlreicher Rundfragen, Statistiken, Besprechungen und Sitzungen des Hauptausschusses, des Arbeitsamts, öffentlicher Versammlungen usw. Die Vorarbeiten sind nunmehr beendet, so daß bestimmte Richtlinien ausgearbeitet sind. Auf Grund derselben können nunmehr von jeder Organisation gemeinsam mit dem Arbeitsamt und Vertretern der Arbeitgeber-Organisationen genaue Bestimmungen getroffen werden, hinsichtlich der Dauer der Lehrzeit, der Höhe der Stundenlöhne, des Fortbildungs- und Fachschulunterrichts in ihrem Handwerk.

IX. Das Fortbildungs- und Fachschulwesen wird bei jeder sich bietenden Gelegenheit gefördert und gepflegt. Um die Beziehungen zwischen Schule und Handwerk immer enger zu gestalten, hat der Hauptausschuß beschlossen, den Gesellen- und Meisterprüfungskommissionen zu empfehlen, die Fachlehrer der städtischen Fortbildungsschulen zu den Gesellen- und Meisterprüfungen zu ihrer Information einzuladen. Um das Schulwesen mehr als bisher den Erfordernissen der Praxis anzupassen, hat der Hauptausschuß unter dem Vorsitz des Herrn Stadtverordneten Montanus eine besondere „Schulkommission“ eingesetzt.

X. Die Finanzierung des Handwerksamts organisierte der Hauptausschuß in durchgreifender Weise, indem er ab 1. Januar 1918 die Verdoppelung (von 1,50 M auf 3-4 M pro Kopf und Jahr der bisher von den Organisationen zum Handwerksamt gezahlten Beiträge beschloß und den angeschlossenen Korporationen diese Beitragserhöhung zur Pflicht machte. Auf Ersuchen des Hauptausschusses an den Magistrat um Gewährung einer finanziellen Beihilfe für Handwerksamt und Hauptausschuß wurde wiederum, wie im Vorjahre, ein städtischer Zuschuß von 4000 M bewilligt, wofür dem Magistrat nochmals an dieser Stelle herzlicher Dank gesagt sei.

XI. Die tatkräftige Mitwirkung des Hauptausschusses bei der 6. und 7. Kriegsanleihe erstreckte sich auf Teilnahme an den vorbereitenden Versammlungen, Bestellung von etwa 50 Vertrauensmännern, Rundschreiben, Vorträge bei Versammlungen, persönliche Belehrungen der Handwerker in zahlreichen Fällen usw.

XII. Bezgl. der Rohstoffversorgung des Handwerks

fanden zahlreiche Besprechungen, Rundfragen, Statistiken, Berichte an Handwerkskammern usw. statt.

XIII. Bezgl. der Kriegsfähigkeitsstelle des Handels in Frankfurt a. M. fanden Versammlungen bei Gründung derselben mit dem Hansabund statt, ferner Benennung von Sachverständigen usw.

XIV. Bei Gründung des Ausschusses zur Wahrung der Interessen aller Berufsstände beim Friedensschluß

wurde an mehreren Gründungsbesprechungen teilgenommen; Verhandlungen wegen Aufstellung von Richtlinien, Vorträgen usw. fanden statt.

XV. Bezgl. des schiedsrichterlichen Verfahrens bei städtischen Arbeiten

wurde eine Eingabe um Nichtbeteiligung des schiedsrichterlichen Verfahrens an Hochbauausschuß und Stadtverordnetenversammlung gerichtet und darin die Eingaben des Ingenieurvereins und des Baugewerbeverbandes unterstützt.

Vom Handwerksamt ist die Abhaltung einer Reihe von Vorträgen über das schiedsrichterliche Verfahren für die öffentlich bestellten Sachverständigen geplant, um

diese mit den Rechtsgrundlagen des Verfahrens eingehend vertraut zu machen.

XVI. Zwecks Erwirkung von Zusatzbrotkarten usw. für schwerarbeitende selbständige Handwerker und deren Arbeitskräfte wurden Schritte unternommen, diese hatten leider bisher keinen Erfolg, sollen aber fortgesetzt werden.

XVII. Die Bestrebungen des Deutschen Sprachvereins

fanden Unterstützung durch Verteilung der von diesem zur Verfügung gestellten Verdichtungshefte usw.

XVIII. Zahlreiche Eingaben von Organisationen an Behörden aller Art

wurden unterstützt, sowie eigene Eingabe unterbreitet. J. B. an Magistrat-Lebensmittelamt betr. Reichsbeschaffung, Wurstverkauf, Mehl- und Zuckerzuteilung, Beschränkung der Gaszufuhr, Mehlverkauf, an Hochbauamt betr. Erhöhung der Stundenlöhne, der Tarife usw., an die Schulbehörden betr. Befreiung von Schülern vom Fortbildungsschul-Unterricht, Ausdehnung der Weihnachtsferien usw.

XIX. Rundschreiben — Rundfragen

aller Art wurden bewirkt auf Ersuchen der Handwerkskammer usw.; z. B. Ausbildung jugendlicher Tüfeln als Handwerkslehrlinge, Ausbildungskurse für Frauen und Töchter von Handwerkern, Beschaffung von Pelzwert für Unbemittelte, durchgehende Arbeitszeit in Handwerksbetrieben, Vorträge für Handwerker und Gewerbetreibende usw. Versammlungsberichte, wichtige Hinweise und Mahnungen für Handwerker und Publikum wurden der Presse übersandt usw.

XX. Die Mobiliarbefschaffung für Kriegsgelranke

und sonstige Unbemittelte ist von der städtischen Hilfskasse und der Schneider- und Tapezierer-Genossenschaft in großzügiger Weise in die Wege geleitet, um die heimkehrenden Krieger nicht den Abzahlungsgeheimnissen anheimfallen zu lassen und ihnen den Kauf guter, handwerksmäßiger, von den Genossenschaften hergestellter Möbel unter Darlehensgewährung der städtischen Hilfskasse zu ermöglichen.

XXI. Wiederaufbau des Handwerks.

Die Sammlung zum Wiederaufbau der durch den Krieg in Not geratenen, vorher gesunden Handwerkerexistenzen, sowie zur wirtschaftlichen und technischen Förderung des Frankfurter Handwerks und Unterstützung seiner gemeinnützigen Einrichtungen wurde auf Anregung des Hauptausschusses und des Handwerksamts unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Dr. Luppe unter der Frankfurter Bürgererschaft in die Wege geleitet, die dank der unermüdbaren Tätigkeit des Schatzmeisters, Herrn Otto Goldmann, das erfreuliche Ergebnis von etwa 370 000 Mark hatte. Der Magistrat hat mit dem ihm überwiesenen Ergebnis der Sammlung eine Bürgerkassierung für den Wiederaufbau des Handwerks — „Handwerkskassierung“ unter Vorsitz des Herrn Bürgermeisters errichtet. In dem Stiftungsausschuß ist der Hauptausschuß, das Handwerksamt und der Freie Handwerksbund mit ausreichender Stimmenmehrheit vertreten.

XXII. Die Organisation der Mittelhandshilfe ist, wie bereits im Geschäftsbericht des Handwerksamts über das Geschäftsjahr 1916/1917 eingehend geschildert wurde, in Frankfurt a. M. besonders großzügig und glänzend organisiert und zentralisiert durch Bildung eines „Verteilungsausschusses“, dem Vertreter aller gemeinnütziger Frankfurter Kreditorganisationen angehören. Der Verteilungsausschuß, dem eine Reihe hervorragend lokal- und personalkundiger Fachleute angehören, prüft alle aus Mittelhandshilfe einlaufenden Darlehensanträge in seiner wöchentlichen Sitzung und überweist sie der jeweils in Be-

tracht kommenden Organisation mit gutachtlicher Äußerung. Hierdurch wird ungeheure Schreiarbeit, Zeitverlust und ein Hin- und Hergehen der Gesuchsteller vermieden.

Die räumliche Vereinigung der Geschäftstellen und das Hand in Hand-Arbeiten des Handwerksamts, des Beratungsamts für Kleinfachleute und Gewerbetreibende, der städtischen Hilfskasse, der Handwerkskassierung und nassanischen Kriegshilfskasse hat sich ebenfalls überaus praktisch bewährt und die Arbeiten gemein vereinfacht und erleichtert.

Die dem Wiederaufbau des handwerklichen und gewerblichen Mittelstandes dienenden Stellen sind der kommenden Uebergangs- und Friedenswirtschaft in dem Bewußtsein entgegen, alles, was in ihrer Kräfte steht, getan zu haben.

Frankfurt a. M., den 7. Januar 1918.

Hauptausschuß der Frankfurter Handwerker-Vereinigung

Die Vorsitzenden:
Karl v. d. Emden, Aug. Schanz
Der Geschäftsführer:
Bouvet, Handwerksamtsvorsteher.

Handwerkskammer Wiesbaden

Bekanntmachung.

Kommandantur der Festung
Coblenz-Chrenbreitstein.
Abt. A. R. Nr. 706/4. 18.

Coblenz, den 12. April 1918.
Im Interesse der öffentlichen Sicherheit hiermit für die Dauer des Krieges jeglicher Handel mit Schnellstahl ohne Rücksicht auf die Art der Legierung, sowie mit Abfällen und Spänen Schnellstahl, verboten.

Unter Schnellstahl im Sinne dieser Anordnung wird jedes Material verstanden, das handelsüblich als Schnellstahl (Schnellschnittstahl, Schnellstahl, Hochleistungsstahl oder Naturstahl und gleiches) gilt oder unmittelbar oder mittelbar für zu verwenden ist.

Trotz des Verbotes bleiben gestattet:

- Verkäufe und Lieferungen an die Kriegsmarine, Kriegsgefangenen, Berlin W. 9, Potsdamer Straße 10/11.
- Verkäufe und Lieferungen, für welche Bescheinigung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung, Kriegsamt bezw. auf Grund solcher Bescheinigung ordnungsgemäß ausgestellte Unterzugscheine für Schnellstahl vorliegen.
- Verkäufe und Lieferungen von Abfällen, Spänen von Schnellstahl an die Lieferanten, von denen die Abfälle, Späne herrühren.
- Verkäufe und sonstige Lieferungen, für welche eine ausdrückliche Genehmigung von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Kriegsammtes in Coblenz vorliegt.

Anträge auf Bewilligung von Ausnahmen vorstehendem Verbot sind an die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Kgl. Preuss. Kriegsministeriums, Berlin, Verlängerung Hedemannstraße 10/11 zu richten. Sie haben nur Aussicht auf Genehmigung, wenn in ihnen der Nachweis des rechtmäßigen Erwerbs der zu verkaufenden Mengen einwandfreibracht ist. Die Entscheidungen auf die Anträge hält sich der unterzeichnete Mil.-Befehlshaber.

Die vorstehende Anordnung tritt mit dem Inkrafttreten der Bekanntmachung der Kommandantur vom 3. Juni 1916 (A. R. Nr. 3996/4, 16 A. R.), betr. das Verbot mit Spänen und Abfällen von wahligen Stählen, wird mit dem gleichen Tage in Kraft gehoben.

Zu widerhandlung oder Anreizung zur Handlung gegen vorstehendes Verbot wird, nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen, Strafen verurteilt, nach § 9 b des Gesetzes den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 in der Fassung bis zu einem Jahr und beim Vorliegen mildernder Umstände nach dem Reichsgesetz vom 11. 12. 1915, betr. Veränderung des Gesetzes den Belagerungszustand, mit Haft oder Geldstrafe bis 1500 Mark bestraft.

Der Kommandant: v. Lutz
Generalkommandant.

Wird hiermit veröffentlicht.
Wiesbaden, den 18. April 1918.

Der Vorsitzende: Der Geschäftsführer:
Carlens. Schrock.